

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und
Digitalisierung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

16. Februar 2023
1 von 2

Guten Tag,

zur **16.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und
Digitalisierung lade ich ein für

**Donnerstag, 23. Februar 2023, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

**Während der Sitzung sind die allgemeinen Hygieneregeln einzuhalten, und
das Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske oder Schutzmaske der
Standards FFP2) wird empfohlen.**

Tagesordnung:

- 1. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Matthias Nölke
- 101.19.706 -
- 2. Straftaten mit Messern in der Stadt Kassel**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.19.722 -
- 3. Überwachung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen**
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Eva Koch
- 101.19.725 -

4. Waffenerlaubnis

Anfrage Fraktion DIE LINKE

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

- 101.19.727 -

Freundliche Grüße

Matthias Nölke

1. stellvertretender Vorsitzender

Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

am Donnerstag, 23. Februar 2023, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

27. Februar 2023

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Matthias Nölke, 1. stellv. Vorsitzender, FDP

Daniel Stein, 2. stellv. Vorsitzender, B90/Grüne

Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Herr Dr. Sven Schoeller)

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Volker Zeidler, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

(Vertretung für Frau Vera Wilmes)

Jan Hörmann, Mitglied, CDU

Nicole Siebrecht, Mitglied, CDU

Michael Werl, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

Hassan Alkhatier, Vertreter des Ausländerbeirates

Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Tagesordnung:

- | | |
|---|------------|
| 1. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung | 101.19.706 |
| 2. Straftaten mit Messern in der Stadt Kassel | 101.19.722 |
| 3. Überwachung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen | 101.19.725 |
| 4. Waffenerlaubnis | 101.19.727 |

1. stellvertretender Vorsitzender Nölke eröffnet die mit der Einladung vom 16. Februar 2023 ordnungsgemäß einberufene 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 von 5

Er begrüßt Herrn Jan Hörmann, CDU-Fraktion, als neues Mitglied des Ausschusses.

Weiterhin teilt 1. stellv. Vorsitzender Nölke mit, dass an der heutigen Sitzung krankheitsbedingt die Fraktion DIE LINKE nicht teilnehmen kann und daher nach vorheriger Abstimmung mit der die Anfrage stellenden Fraktion der TOP 4 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt wird.

1. stellv. Vorsitzender Nölke stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.706 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, das in Kassel angesiedelte Kompetenzzentrum für Digitalisierung im ländlichen Raum einzuladen, um seine Arbeit im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung vorzustellen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: DIE LINKE

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung, 101.19.706, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Volmer

2. Straftaten mit Messern in der Stadt Kassel

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.19.722 -

Anfrage

Seit einiger Zeit häufen sich die Meldungen über Straftaten im Kasseler Stadtgebiet, welche mit Messern begangen wurden. Erst an Silvester dieses Jahres wurde eine 46-jährige Frau durch eine Messer-Attacke im Stadtteil Wolfsanger/Hasenhecke schwer verletzt. Am 06. Januar 2023 wurde ein 40-jähriger Mann mit einer Machete nahe der Stern-Kreuzung attackiert. Mitte Dezember 2022 wurde ein 30-jähriger Mann an der Straßenbahnhaltestelle „Am Stern“ mit teils tiefen Stich- und Schnittverletzungen am Rücken und am Oberschenkel aufgefunden. Ebenfalls Mitte Dezember 2022 überfielen zwei Täter einen Einkaufsmarkt an der Wolfhager Straße in Rothenditmold, mit jeweils einem Messer bedrohten sie die 35-jährige KassiererIn. Anfang August 2022 wurde ein 48-jähriger Mann auf der Hedwigstraße im Stadtteil Mitte zur Mittagszeit mit einem Messer angegriffen.

Laut einem Bericht der FNP vom 17. September 2022 steigt die Zahl der Angriffe mit Messern hessenweit seit Jahren. So registrierte die hessische Polizei 2015 noch 865 Delikte, 2019 waren es schon 1212. Im Jahr 2021 soll es laut der hessischen Landesregierung sogar zu 1804 Messer-Attacken gekommen sein. Die Polizei selbst sagt, sie sehe in Waffenverbotszonen eine Möglichkeit gegen diese Entwicklung vorzugehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Straftaten wurden im Kasseler Stadtgebiet seit 2010 jeweils jährlich mit Messern begangen?
2. In welchen Kasseler Stadtteilen wurden wie viele dieser Straftaten begangen?
3. Welche Verletzungen aufgrund dieser Straftaten unter der Verwendung eines Messers waren in den jeweiligen Jahren zu verzeichnen?
4. Gibt es bereits konkrete Ergebnisse der Prüfung zur Einrichtung von Waffenverbotszonen in Kassel? Falls ja, wie sehen diese Ergebnisse im Detail aus?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt 1. stellv. Vorsitzender Nölke die Anfrage für erledigt. 4 von 5

3. Überwachung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.725 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Form kontrolliert die Polizei bzw. die Ordnungsbehörde bisher die Einhaltung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen?
2. Gibt es in Kassel automatische Überwachungsanlagen an Lichtsignalanlagen in Form von stationären Anlagen oder Videoanlagen zur Ermittlung von Rotlichtverstößen?
 - a. Falls ja, wie sind die Erfahrungen mit den Anlagen?
 - b. Falls nein, was sind die Gründe dafür, dass solche Überwachungsanlagen bisher nicht installiert wurden?
3. Wie erfolgt bei solchen Überwachungsanlagen die Unterscheidung von einfachen und qualifizierten Rotlichtverstößen (Überfahren der roten Ampel nach mehr als einer Sekunde Rotlicht)?
4. Welche Anforderungen müssen die Systeme erfüllen, um rechtssicher Verstöße ahnden zu können?
5. Wie schätzt der Magistrat die Ausstattung von Lichtsignalanlagen mit solchen Überwachungsanlagen ein (Kosten und Wirkung)?

Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet die gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt 1. stellv. Vorsitzender Nölke die Anfrage für erledigt.

4. Waffenerlaubnis
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.727 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:23 Uhr

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
fgs@afd-fraktion-kassel.de

6. Februar 2023
1 von 2

Vorlage Nr. 101.19.722

Straftaten mit Messern in der Stadt Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Seit einiger Zeit häufen sich die Meldungen über Straftaten im Kasseler Stadtgebiet, welche mit Messern begangen wurden. Erst an Silvester dieses Jahres wurde eine 46-jährige Frau durch eine Messer-Attacke im Stadtteil Wolfsanger/Hasenhecke schwer verletzt. Am 06. Januar 2023 wurde ein 40-jähriger Mann mit einer Machete nahe der Stern-Kreuzung attackiert. Mitte Dezember 2022 wurde ein 30-jähriger Mann an der Straßenbahnhaltestelle „Am Stern“ mit teils tiefen Stich- und Schnittverletzungen am Rücken und am Oberschenkel aufgefunden. Ebenfalls Mitte Dezember 2022 überfielen zwei Täter einen Einkaufsmarkt an der Wolfhager Straße in Rothenditmold, mit jeweils einem Messer bedrohten sie die 35-jährige KassiererIn. Anfang August 2022 wurde ein 48-jähriger Mann auf der Hedwigstraße im Stadtteil Mitte zur Mittagszeit mit einem Messer angegriffen.

Laut einem Bericht der FNP vom 17. September 2022 steigt die Zahl der Angriffe mit Messern hessenweit seit Jahren. So registrierte die hessische Polizei 2015 noch 865 Delikte, 2019 waren es schon 1212. Im Jahr 2021 soll es laut der hessischen Landesregierung sogar zu 1804 Messer-Attacken gekommen sein. Die Polizei selbst sagt, sie sehe in Waffenverbotszonen eine Möglichkeit gegen diese Entwicklung vorzugehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Straftaten wurden im Kasseler Stadtgebiet seit 2010 jeweils jährlich mit Messern begangen?
2. In welchen Kasseler Stadtteilen wurden wie viele dieser Straftaten begangen?

3. Welche Verletzungen aufgrund dieser Straftaten unter der Verwendung eines Messers waren in den jeweiligen Jahren zu verzeichnen?
4. Gibt es bereits konkrete Ergebnisse der Prüfung zur Einrichtung von Waffenverbotszonen in Kassel? Falls ja, wie sehen diese Ergebnisse im Detail aus?

2 von 2

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Sven R. Dreyer
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.19.725

Überwachung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Form kontrolliert die Polizei bzw. die Ordnungsbehörde bisher die Einhaltung der Verkehrsregeln an Lichtsignalanlagen?
2. Gibt es in Kassel automatische Überwachungsanlagen an Lichtsignalanlagen in Form von stationären Anlagen oder Videoanlagen zur Ermittlung von Rotlichtverstößen?
 - a. Falls ja, wie sind die Erfahrungen mit den Anlagen?
 - b. Falls nein, was sind die Gründe dafür, dass solche Überwachungsanlagen bisher nicht installiert wurden?
3. Wie erfolgt bei solchen Überwachungsanlagen die Unterscheidung von einfachen und qualifizierten Rotlichtverstößen (Überfahren der roten Ampel nach mehr als einer Sekunde Rotlicht)?
4. Welche Anforderungen müssen die Systeme erfüllen, um rechtssicher Verstöße ahnden zu können?
5. Wie schätzt der Magistrat die Ausstattung von Lichtsignalanlagen mit solchen Überwachungsanlagen ein (Kosten und Wirkung)?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Eva Koch

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Steffen Müller
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender FDP

Vorlage Nr. 101.19.727

7. Februar 2023
1 von 1

Waffenerlaubnis

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Personen in Kassel besitzen eine Waffenerlaubnis (Waffenschein oder Waffenbesitzkarte)?
2. Sind darunter auch Personen, die nach Kenntnis der Stadt Kassel dem neonazistischen und rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sind?

Wenn ja:

3. Um wie viele Personen handelt es sich?
4. In welchem Jahr ist diesen Personen jeweils die Waffenerlaubnis erteilt worden?
5. Hat es Bemühungen der Stadt Kassel gegeben, Personen aus diesem Spektrum die Waffenerlaubnis zu entziehen bzw. nicht zu erteilen?
6. Wenn ja, bei wie vielen Personen und mit welchem Erfolg?
7. Wurde Markus Hartmann die Waffenerlaubnis entzogen, nachdem er vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen illegalem Waffenbesitz verurteilt worden ist?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende